

Niederschrift

der XI/5. Sitzung

Ausschuss für Technik und Umwelt der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Dienstag, 23. Juni 2026
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:28 Uhr
Sitzungsort: Kleiner Saal im 1. OG der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Mathias Geißler

Ausschussmitglieder

Michael Berg

Dirk Biecker

Martin Birkhölzer

als Vertretung für Martin Peters

Michael Eiloff

Alexander Gödeke

Lars Hochstein

Dariusz Markowski

Johannes Müller

Claudia Schauerte

Rafael Schröder

Andreas Schulte

Dr. Martin Steppeler

Dietmar Weber

Jens Winkelmann

als Vertreter für Marco Guntermann

Von der Verwaltung

Stadtangestellter Aslak Behnke

zu TOP 3 n. ö. T.

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke

Stadtverwaltungsrat Holger Entian

bis TOP 2 n. ö. T.

Schriftführer

Stadtinspektor Leon Schüttler

Der Ausschussvorsitzende Matthias Geißler eröffnet die vierte Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt und stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist in der Einladung aufgeführt.

Herr Weber fragt, warum TOP 3 des nichtöffentlichen Teils nicht öffentlich diskutiert werde. Er schlägt vor den TOP im öffentlichen Teil zu thematisieren.

Herr Dicke erklärt, dass im Rahmen der Vorlage über Personalangelegenheiten und interne Informationen gesprochen werde, entsprechend sei die Vorlage im nichtöffentlichen Teil korrekt aufgehoben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Der Ausschuss stellt mehrheitlich folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL		Vorlage:
1.	Windkraft: Anträge auf kommunale Positivplanung bzw. Änderung des Flächennutzungsplans	XI/160
2.	Kommunale Wärmeplanung - Beschlussfassung zur Vorbereitung der Ausschreibung	XI/177
3.	Errichtung von Wartehallen sowie Umbau einer Haltestelle - Beschlussfassung über das Bauprogramm	XI/184
4.	Verschiedenes	
B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL		Vorlage:
1.	Bebauungsplan Nr. 182 "Unter der Linde" - Abschluss eines städtebaulichen Vertrages	XI/161
2.	Windkraft: Finanzielle Beteiligungsangebote und Grundstücksangelegenheiten	XI/162
3.	Städtische Wasserversorgung – Prüfbericht gem. § 54 Trinkwasserversorgung	XI/188
4.	Informationen über Auftragsvergaben	XI/163
5.	Verschiedenes	

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Windkraft: Anträge auf kommunale Positivplanung bzw. Änderung des Flächennutzungsplans XI/160

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Herr Geißler stellt die Vorlage kurz vor.

Anschließend stellt Herr Entian anhand der als Anlage 1 beigefügten Präsentation wesentlichen Aspekte sowie die vorliegende Anfragen zur Positivplanung im Stadtgebiet Schmallenberg vor. Dabei erläutert er die maßgeblichen fachlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie mögliche Beteiligungs- und Einnahmemöglichkeiten für die Kommune.

In der anschließenden Diskussion werden seitens mehrerer Ausschussmitglieder sowohl Bedenken als auch Befürwortungen hinsichtlich weiterer Windenergieflächen vorgetragen.

Herr Winkelmann erklärt, die Situation erinnere ihn an die Diskussionen vor 2 Jahren. Der Regionalplan sollte seinerzeit Ordnung in das Thema bringen und nun werde erneut eine solche Diskussion geführt. Da die Planungsregion ihre Flächenziele im Regionalplan erreicht habe, bestehe für die Stadt Schmallenberg keine rechtliche Verpflichtung, weitere Flächen für die Windenergie auszuweisen. Außerdem seien mit den Windenergieanlagen (WEA) bei Ebbinghof und ggf. Schiershagen auch über die Regionalplanflächen hinaus weitere Anlagen vorgesehen. Darüber hinaus traue er sich nicht zu Kriterien festzulegen bzw. zu entscheiden, wo weitere Anlagen errichtet werden können. Nach Herrn Winkelmann seien 30-35 Anlagen, wenn man allen Anfragen zustimme, deutlich zu viel. Außerdem solle bedacht werden, dass auch an der Stadtgrenze sehr viele Anlagen errichtet wurden bzw. geplant seien, welche ebenso Wirkung auf das Stadtgebiet Schmallenberg haben. An den Entscheidungen in den Bezirksausschüssen sehe man, dass außerdem die Akzeptanz vor Ort fehle. Aufgrund dessen sehe sich die CDU nicht im Stande entsprechende Regelungen bzw. Standorte festzulegen, welche die Errichtung von WEA über den Regionalplan hinaus ermöglichen.

Herr Schröder teilt mit, er verstehe die von Herr Winkelmann angesprochene Problematik, spreche sich aber grundsätzlich dafür aus, in den Bereichen, wo ohnehin WEA vorgesehen seien, die Errichtung von weiteren WEA zu ermöglichen.

Herr Weber argumentiert, dass insbesondere mit Blick auf die Zukunft mehr auf regenerative Energien geachtet werden müsse. Er sei der Ansicht, dass man sich insbesondere vor der angespannten Haushaltslage der Positivplanung im angemessenen Rahmen öffnen solle. Eine pauschale Ablehnung, wie sie von der CDU-Fraktion vorgenommen werde, können er nicht nachvollziehen bzw. kritisiere er entschieden. Er spreche sich auch nicht für die Errichtung aller 30-35 angefragten Anlagen aus, sondern für die maßvolle und punktuelle Prüfung und Errichtung einzelner Anlagen an passenden Standorten. Außerdem maße er sich auch nicht die direkte Bestimmung von Flächen bzw. Entscheidung der Anträge an. Dabei handle es sich um einen Prozess, welcher jedoch mit einer entsprechenden Richtungsentscheidung begonnen werden solle.

Nach Herr Eiloff seien die Stromnetze nicht für Errichtung von solch vielen Anlagen ausgelegt. Außerdem sprechen auch die einhergehenden Nachteile im Hinblick auf Landschaftsbild und Tourismus gegen eine Positivplanung. 30-35 Anlagen seien schlichtweg zu viel.

Herr Gödeke beantragt bzw. schlägt vor, getrennt über die Positivplanung sowie über die grundlegende Bereitstellung städtischer Flächen abstimmen zu lassen.

Zum Ergänzungsantrag der SPD, wonach die Gründung einer Energiegenossenschaft durch die Stadt initiiert werden sollte, sagt Herr Winkelmann, dass sich dies erübrige, sofern keine Positivplanung und Bereitstellung städtischer Flächen für Windenergieanlagen gewollt seien. Auch im Bereich Solar und Biogas seien Projekte aufgrund von Wirtschaftlichkeitsbedenken und fehlender Expertise nicht einschlägig. Grundsätzlich sei die Idee gut, aber es fehle schlichtweg an konkreten Projekten zur Gründung einer Energiegenossenschaft.

Herr Weber erwähnt, dass er den Antrag nicht so liest, dass Windenergie-, Solar- oder andere Anlagen von der Stadt selbst errichtet werden sollen. Auch Beteiligungen seien möglich.

Herr Müller erklärt, dass der Antrag vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage gestellt werde. Er frage sich, wenn die Positivplanung sowie auch die Gründung einer

Energiegenossenschaft abgelehnt werden sollte, wie die Stadt dann die notwendigen Mittel einnehmen solle.

Herr Schröder ergänzt, dass die Gründung einer Energiegenossenschaft ein guter Weg sein könne, um notwendige Einnahmen zu generieren.

Herr Geißler leitet anschließend zur Beschlussfassung über.

a)

Der Ausschuss für Technik und Umwelt schlägt dem Rat vor:

Eine kommunale Positivplanung zur Ausweisung von Windenergiebereichen im Stadtgebiet Schmallenberg sollte nicht erfolgen.

Dieser Beschlussvorschlag wird mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung so gefasst bzw. angenommen.

b)

Der Ausschuss für Technik und Umwelt schlägt dem Rat vor:

Die Bereitstellung von städtischen Grundstücken zur Errichtung von Windenergieanlagen im Stadtgebiet Schmallenberg sollte nicht erfolgen.

Dieser Beschlussvorschlag wird mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung so gefasst bzw. angenommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Geißler stellt fest, dass der vorliegende Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, wonach die städtischen Flächen im Bereich „Habichtsscheid“ bei Bödefeld für Windkraft freigegeben und genutzt werden sollen, vom Ausschuss für Technik und Umwelt somit konkludent mehrheitlich nicht unterstützt wird.

c)

Der Ausschuss für Technik und Umwelt schlägt dem Rat vor:

Der vorliegenden Fraktionsantrag der SPD, wonach die Stadt Schmallenberg die Gründung einer Energiegenossenschaft initiieren sollte, wird abgelehnt bzw. nicht unterstützt.

Dieser Beschlussvorschlag wird mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen so gefasst bzw. angenommen.

TOP 2 Kommunale Wärmeplanung - Beschlussfassung zur Vorbereitung der Ausschreibung XI/177

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Herr Geißler stellt die Vorlage kurz vor.

Herr Winkelmann sagt, dass es sich um eine Pflichtaufgabe handele, welche man sich stellen müsse. Die Ausschreibung und Vergabe sei aus seiner Sicht in Ordnung.

Herr Dicke teilt mit, dass der Stadt vom Land schon ein Teil der vorgesehenen Mittel ausgezahlt worden sei, um die kommunale Wärmeplanung durchzuführen. Nach anfänglichem Zurückstellen des Themas sei nun wohl ein guter Zeitpunkt, um die Wärmeplanung anzugehen.

Die Verwaltung wird beauftragt die Erstellung der Kommunalen Wärmeplanung auszuschreiben und an einen externen Dienstleister zu vergeben.

**TOP 3 Errichtung von Wartehallen sowie Umbau einer Haltestelle
- Beschlussfassung über das Bauprogramm** **XI/184**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Herr Geißler stellt die Vorlage kurz vor.

Herr Gödeke merkt an, dass das aktuelle Buswartehäuschen in Oberhenneborn in das Grundstück bzw. die Mauer integriert sei. Aus diesem Grund sei das Buswartehäuschen ziemlich verwittert bzw. anfällig dafür. Er fragt, ob beim Neubau auf eine adäquate und der Situation angepasste Bauweise geachtet werde und ob das Dach auch aus Glas sei?

Herr Dicke antwortet, dass die Buswartehäuschen überwiegend aus Glas bestehen und jedes Häuschen individuell an die jeweilige Situation vor Ort angepasst werde.

Herr Dicke weist ergänzend darauf hin, dass 12 zum Teil auch neue Wartehäuschen im Stadtgebiet im Rahmen von Vandalismus beschädigt wurden. Der Schaden beläuft sich auf rd. 27.000 €.

Der Ausschuss zeigt sich entsetzt über die Vorkommnisse und verurteilt diese.

Auf Nachfrage von Herr Müller, ob eine zusätzliche Folie auf das Glas die Schäden eindämmen könnte erwidert Herr Dicke, dass dort bewusst Glas verbaut werde, was bei Beschädigung in winzige, stumpfkantige Stücke zerbricht. Herr Eiloff ergänzt, dass Verbundsicherheitsglas (mit Folie) wohl unverhältnismäßig teuer sei.

Herr Weber teilt mit, dass im Internet wohl Wartehalle mit speziellem Verbundsicherheitsglas angeboten werden. Dies könne im Rahmen der Anschaffung evtl. geprüft werden.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt stimmt dem vorgeschlagenen Bauprogramm zur Errichtung von Wartehallen im Stadtgebiet sowie dem Umbau der Haltestelle in Westernbödefeld einstimmig zu.

TOP 4 Verschiedenes

TOP 4.1 Kreuzungsplanungen B511/K36 bei Bad Fredeburg

Herr Weber merkt an, dass die Entscheidungen der Unfallkommission zur Kreuzung B511/K36 bei Bad Fredeburg nicht tragbar seien. Die geplanten Maßnahmen seien zu umständlich, zu teuer und nicht zielführend. Die Einzeichnung eines provisorischen Kreisverkehrs wäre beispielsweise deutlich besser. Nach Herr Weber führen solche, aus Sicht der Bürger nicht nachvollziehbaren Entscheidungen, zu Politikverdrossenheit. Er regt an im Rat eine gemeinsame Resolution zu formulieren.

Herr Eiloff sagt, dass er die Entscheidung der Unfallkommission ebenfalls nicht nachvollziehen könne. Aus seiner Sicht solle weiter auf eine andere Lösung gedrängt werden, wobei die Diskussion nicht zu emotional und polarisierend geführt werden dürfe.

Herr Dicke merkt an, dass es sich um eine Bundes- und Kreisstraße handele, wodurch die Stadt nur einen sehr begrenzten Einfluss auf die Angelegenheit habe.

Herr Biecker erklärt, dass man die Entscheidung der Unfallkommission nicht einfach hinnehmen solle. Er spreche sich für eine gemeinsame Resolution im Rat aus. Davon ab sei seitens der BFS-Fraktion eine Unterschriftenaktion vorgesehen.

Nach Herr Geißler ist in das Protokoll aufzunehmen, dass die Verwaltung in der Angelegenheit dranbleiben bzw. im Rahmen seiner Möglichkeiten auf eine andere Lösung hinwirken solle.

TOP 4.2 Zusammenlegung der Teilpläne des Regionalplans Arnsberg

Herr Entian informiert, dass die Bezirksregierung Arnsberg beabsichtigt, die beiden Teilpläne des Regionalplans Arnsberg zu einem Plan zusammenzulegen. Im für Schmallingenberg maßgebenden Teilplan seien die Vorhaben bzw. Intentionen der Stadt Schmallingenberg abgebildet gewesen. Die Verwaltung werde den Neuaufstellungsprozess und die möglichen Auswirkungen auf die Stadt Schmallingenberg entsprechend beobachten.

TOP 4.3 Ausbau der Straße Todesbruch in Oberhenneborn

Auf Nachfrage von Herrn Gödeke erklärt Herr Dicke, dass beim Ausbau der Straße Todesbruch in Oberhenneborn die Vorplanung erstellt wurde und den Bürgern vorgestellt werden soll.